



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Oliver Jörg, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Thomas Huber, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holschek, Dr. Gerhard Hopp, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal**  
**CSU**

**Medizinerangel in Bayern verhindern XXI**  
**Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über laufende Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und bestehende Hemmnisse**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) wird gebeten, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die von ihr in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen und Förderprogramme zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in Bayern zu berichten. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Erfolge dadurch erzielt werden konnten, welche Hemmnisse bestehen und durch welche gesetzgeberischen Maßnahmen diese gegebenenfalls beseitigt werden könnten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über eigene Förderprogramme in diesem Bereich und – soweit bekannt – auch über Förderinitiativen Dritter zu berichten.

## Begründung:

Der Bundesgesetzgeber hat die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) mit der Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in Bayern als eigenverantwortliche Selbstverwaltungsaufgabe beauftragt. Dieser Aufgabe kommt die KVB auf vielfältige Weise nach, zum Beispiel durch gezielte Fördermaßnahmen aus ihrer Sicherstellungsrichtlinie, die aus dem von ihr eingerichteten und gemeinsam mit den Krankenkassen finanzierten Strukturfonds bestritten werden. Daneben gibt es aber noch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die ebenfalls der Sicherstellung einer flächendeckenden und möglichst wohnortnahen vertragsärztlichen Versorgung dienen, zum Beispiel die Reform des Bereitschaftsdienstes.

Viele dieser Maßnahmen und Möglichkeiten sind jedoch weder in der Kommunalpolitik noch überall in der Ärzteschaft überhaupt und insbesondere in ihrer Gesamtheit bekannt. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege des Landtags möchte sich über die Sicherstellungsmaßnahmen der KVB ein möglichst umfassendes Bild machen und bittet die KVB daher um einen entsprechenden Bericht. Um die KVB bei ihrer Aufgabe der Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung gezielt unterstützen zu können, zum Beispiel durch abgestimmte, landeseigene Fördermaßnahmen oder Gesetzesinitiativen, ist es dabei nicht nur notwendig, alle Sicherstellungsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit darzustellen. Vielmehr ist es auch besonders wichtig zu erfahren, wo die bisherigen Bemühungen der KVB an rechtliche Grenzen stoßen und wie diese aus Sicht der KVB gegebenenfalls beseitigt werden könnten.

Darüber hinaus möge das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege über eigene Förderprogramme und – soweit bekannt – auch über Förderinitiativen Dritter berichten.